

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1936

80 (3.4.1936)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach. D. V. H. 3356.



Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 80

Freitag, den 3. April 1936

107. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der deutsche Friedensplan wird in England im allgemeinen günstig aufgenommen, das offizielle England hält sich zurück. Eben hatte mit von Ribbentrop am Donnerstag eine Besprechung.

Die Pariser Presse verhält sich gegenüber den deutschen Vorschlägen ziemlich ablehnend, erkennt aber teilweise die Großzügigkeit des Planes an.

In Belgien betont man den veröhnlichen Charakter des Friedensplanes und fordert eine unvoreingenommene Prüfung.

Außenminister Glandin hat eine Besprechung mit den französischen Botschaftern in London, Berlin, Rom und Brüssel auf Freitag im Außenministerium angelehrt. Ministerpräsident Sarraut hatte eine ausgedehnte Besprechung über die deutsche Note mit dem Außenminister Glandin.

Der Reichskulturerrat einberufen

Berlin, 2. April. Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, hat die Mitglieder des Reichskulturrats zu einer Sitzung am Samstag, den 4. April 1936, nachmittags 11 Uhr, eingeladen. Auf der Tagesordnung dieser zweiten Arbeitstagung des Reichskulturrats steht neben dem Referat des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt a. M., Staatsrat Dr. Krebs, eine Rede des Reichsministers Dr. Goebbels. Eine Aussprache über schwwebende Fragen der deutschen Kulturpolitik schließt sich an.

Neue Vorschriften über die Steuerbefreiung des Neuhausbesitzes

Berlin, 2. April. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Nach den bisherigen Vorschriften über die Steuerbefreiung neu errichteter Kleinwohnungen waren nur solche Kleinwohnungen befreit, die bis zum 31. März 1936, unter Umständen bis zum 31. Mai 1936 bezugsfertig werden. Durch das neue Gesetz vom 2. April 1936 ist die Frist für das Bezugsfertigwerden um ein Jahr verlängert worden. Es sind also nunmehr auch solche Kleinwohnungen davon befreit, die bis zum 31. März 1937 bezugsfertig werden. Die Frist verlängert sich bis zum 31. Mai 1937 für solche Kleinwohnungen, die bis zum 31. Dezember 1936 im Rohbau vollendet werden. Diese Begründung zum Gesetz vom 2. April 1936 ist ausdrücklich hervorgehoben worden, da eine weitere Verlängerung der Frist für das Bezugsfertigwerden nicht in Aussicht genommen ist. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß die Dauer der Steuerbefreiung für die Kleinwohnungen nicht verlängert worden ist. Die Steuerbefreiung endet auch für die Kleinwohnungen, die bis zum 31. März (31. Mai) 1937 bezugsfertig werden, bei der Vermögenssteuer und der Grundsteuer am 31. März 1939 und bei der Einkommensteuer am 31. Dezember 1938 (oder am Schluß des Wirtschaftsjahres 1937/38).

Das neue Gesetz vom 2. April 1936 beschäftigt sich weiterhin mit dem „älteren Neuhausbesitz“. Man versteht darunter die Gebäude, die in der Zeit vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1931 bezugsfertig geworden sind. Die Steuerbefreiung des älteren Neuhausbesitzes von der Grundsteuer richtete sich bisher im wesentlichen nach Landesrecht. Infolgedessen ergaben sich innerhalb des Reiches die größten Verschiedenheiten. Das Gesetz vom 2. April 1936 dient dem Zweck, die Befreiungsvorschriften möglichst zu vereinheitlichen. Es bestimmt, daß bei der Landesgrundsteuer die Befreiungen, die am 31. März galten, noch ein weiteres Jahr, d. h. bis zum 31. März 1937, bestehen bleiben. Während bei der Landesgrundsteuer eine völlige Vereinheitlichung noch nicht erreicht wird, ist der Gedanke der Vereinheitlichung bei der Gemeindegroßsteuer streng durchgeführt.

Nach dem neuen Gesetz ist der gesamte ältere Neuhausbesitz ab 1. April 1936 zur Gemeindegroßsteuer heranzuziehen. Für das Rechnungsjahr 1936 werden jedoch weitgehende Erleichterungen gewährt. So sieht das Gesetz vor, daß der Betrag, um den sich die Gemeindegroßsteuer gegenüber dem bisherigen Zustand erhöht, keinesfalls den Landesdurchschnitt der Gemeindegroßsteuer übersteigen darf. Die Maßnahmen bestehen darin, daß in den Fällen, in denen die Mehrbelastung durch die Gemeindegroßsteuer im Rahmen der bisherigen Miete nicht tragbar ist. Entgegenkommen bei der Verzinsung der Wohnungsbaudarlehen, die aus der Gebäudeschuldungssteuer gegeben worden sind, gewährt wird. Wo diese Maßnahme nicht ausreicht oder deshalb nicht möglich ist, weil keine solchen Wohnungsbaudarlehen bestehen, ist der Betrag, um den sich die Gemeindegroßsteuer erhöht, unter Umständen zu erlassen.

Das Ausland zum deutschen Friedensplan

Stärkster Eindruck von Hitlers Friedensangebot

Lord Queenborough über das historische Verdienst Des Führers

London, 2. April. In einer Zuschrift an den „Daily Telegraph“ wendet sich Lord Queenborough gegen die Behauptungen, daß Deutschland auch ohne die nationalsozialistische Revolution nicht das Opfer des Bolschewismus geworden wäre. Die große Leistung des Führers und seiner Mitarbeiter liege in der Rettung Deutschlands und des übrigen Europa vor dem Kommunismus. Darin liege das historische Verdienst Hitlers.

Londoner Presse zu den deutschen Vorschlägen

London, 2. April. Die Londoner Morgenpresse nimmt zu den deutschen Vorschlägen in ausführlichen Leitartikeln Stellung.

Unter der Überschrift „Der deutsche Friedensplan“ hebt die „Times“ hervor, daß in der Tat nur wenige englische Leser sich weigern würden, anzuerkennen, daß das deutsche Schriftstück als Friedensplan bezeichnet werden könne. Die Form, in der Hitler seine Vorschläge erneuert und erweitert habe, werde den allgemeinen Glauben an die Aufrichtigkeit Hitlers stärken. Niemals zuvor sei Europa eine Gelegenheit von diesem Ausmaß angeboten worden, den nächsten Krieg durch ein Uebereinkommen zu verhindern. Allerdings könne der Bruch des Locarno-Vertrages nicht einfach ignoriert werden. Die „Times“ unterstreicht weiter, daß sie Verständnis für die Haltung Deutschlands in der Frage der Diskriminierung habe. Selbst innerhalb der Sicherheit dürfe es keine Diskriminierung Deutschlands geben, kein Abweichen vom vollen Rechtszustand der Gleichheit. In der Tat werde der deutsche Standpunkt in keinem Teil der Note so weit getrieben, daß eine Veröhnung mit Deutschland unmöglich gemacht werde. Alle Engländer nehmen Hitlers Versicherung als aufrichtig an, daß Deutschland nicht die Absicht habe, Frankreich und Belgien jemals wieder anzugreifen. Hitlers konstruktive Vorschläge seien von einer großzügigen Auffassung getragen und seien im allgemeinen willkommen zu heißen. Der Vorschlag einer internationalen Kommission erzeuge und verbessere den guten Gedanken der Einquartierung einer fremden Streitmacht im Rheinland. Nichts in seinen weitreichenden Friedensvorschlägen sei undurchführbar, nichts in der Antwort Hitlers versperrte Verhandlungen. Alles in seinem Plan laude dazu ein.

Der „Daily Telegraph“ schreibt u. a., die deutschen Vorschläge böten ein weites Feld für weitere Verhandlungen. Wenn sie durchgeführt werden könnten, dann würden sie Europa von der drückenden Sorge eines Krieges in diesem Menschenalter befreien. Zwar lehne die deutsche Regierung in den ersten Abschnitten die Sicherheitsvorschläge der Locarno-Mächte für eine Zwischenperiode ab. Sie lege jedoch etwas Wertvolles an ihre Stelle in der Form eines Stillhalte-Abkommens bezüglich der Streitkräfte an den Grenzen, das von einer internationalen Kommission garantiert würde. Hitlers weitreichende Pläne würden die grundsätzliche Zustimmung ganz Westeuropas erhalten, jedoch könne man zu ihnen nur gelangen, wenn das Vertrauen wieder hergestellt wird. Im übrigen bemerkt das Blatt, daß nichts mit den britischen Vorschlägen mehr übereinstimme als die von Hitler vorgebrachten Abrüstungspläne und die Vorschläge für die Vermenschlichung des Krieges.

Je nach der Richtung des Blattes werden die Vorschläge für die Übergangszeit oder der große Friedensplan des Führers in den Vordergrund gestellt. Allgemein kommt in der Stellungnahme der Blätter ein ausgesprochen freundlicher und optimistischer Ton zum Ausdruck. Kritik und Zustimmung zu einzelnen Teilen der deutschen Antwort halten sich die Waage.

Die „Morningpost“ schreibt, die deutsche Denkschrift sei ein Dokument, das zu überreden versuche, daß eine friedliebende Nation viele anziehende Vorschläge mache. Das Blatt ist mit dem deutschen Plan nicht zufrieden und billigt den Entschluß der britischen Regierung, Generalstabsbesprechungen aufzunehmen, sobald das Programm für sie festgelegt worden sei.

Im „News Chronicle“ wird darauf hingewiesen, daß die Antwort Hitlers einige ausgezeichnete Punkte und einige beunruhigende Auslassungen enthalte.

Unter der Überschrift „Die Tür ist offen“ schreibt der „Daily Herald“, der erste Eindruck der deutschen Antwort sei der überwältigende Erleichterung, weil sie die Tür offen lasse. Das sei im Augenblick das allerwichtigste. Jedermann wünsche einen neuen Beginn zu machen.

Unterredung Ribbentrops mit Eden

London, 2. April. Botschafter von Ribbentrop hatte am Donnerstagmittag eine weitere Unterredung mit Außenminister Eden.

Heute Eden-Erklärung zum deutschen Friedensplan

London, 2. April. Wie Ministerpräsident Baldwin im Unterhaus mitteilte, hofft Außenminister Eden, am Freitag um 11 Uhr eine Erklärung über den deutschen Friedensplan abgeben zu können.

Die Generalstabsbesprechungen

London, 2. April. Außenminister Eden empfing am Donnerstagabend nacheinander den französischen und den belgischen Botschafter, denen er je zwei Briefe ausshändigte. Das eine Schreiben bezieht sich auf Teil III des Weißbuches, der sich mit den Generalstabsbesprechungen für die Uebergangsperiode befaßt, das andere Schreiben auf die Anlage des Weißbuches, die von den Generalstabsbesprechungen handelt, die im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen mit Deutschland geführt werden sollen.

Reuter zur Überreichung der Briefe über die Generalstabsbesprechungen

London, 2. April. Zur Überreichung des Briefes über die Generalstabsbesprechungen erklärt Reuter u. a., die Tatsache, daß der Brief am Donnerstag ausgehändigt wurde, bedeute nicht, daß die in ihm vorgesehene Verpflichtung, die sich streng auf der Grundlage der Gegenseitigkeit hielten, in Kraft getreten seien. Sie würden erst dann wirksam werden, nachdem in einer Konsultation zwischen der britischen, der französischen und der belgischen Regierung entschieden worden sei, daß die Veröhnungsversuche gescheitert seien.

Das zweite am Donnerstag ausgehändigte Dokument sei ein Brief, der sich auf den § 3 des Weißbuches beziehe, der Stabsbesprechungen zwischen England, Frankreich und Belgien für die Zwischenperiode vorzieht.

Es verlautete, daß dieser Brief auf die politische Begrenzung Bezug nimmt, innerhalb deren diese Stabsbesprechungen stattfinden müßten. Botschafter Corbin reise am Freitag nach Paris ab, um diese Mitteilungen mit seiner Regierung zu besprechen.

„Evening Standard“ über Frankreichs Haltung wenig erfreut

London, 2. April. „Evening Standard“ zeigt sich wenig erfreut von dem Ton der französischen Presse, bei der Ablehnung der Hitler-Vorschläge zur Befessenheit geworden sei. Großbritannien sei bei seinem Versuch, zu vermitteln, in einer sehr schwierigen Lage. Wenn es seine Mittlerrolle erfüllen wolle, so müsse es seine Unabhängigkeit wieder gewinnen und zwar dadurch, daß es seine Bindungen in dem Streit löse und seine eigene Politik einer freundschaftlichen, aber vollständigen Unabhängigkeit klar herausstelle. Die britische Regierung habe diesen Weg nicht beschritten, als sie das Besprechungs-Beistandsbrief gab. „Evening News“ schreibt, in England seien die Vorschläge des Führers als veröhnlich begrüßt worden. Selbst die schnell sich auflehnenden Blätter geben das zu. Hitler lehne es ab, sich als Paktbrecher zu bekennen. Wir, so heißt es in dem Leitartikel der „Evening News“ weiter, verstehen die Gründe, Frankreichs Nein und tausendmal Nein sei nur ein „proforma“ und rhetorisch zu verstehen. Die nackte Tatsache sei, daß Britannien die Hitler-Vorschläge nicht einfach beiseite schieben wolle, und Frankreich das nicht tun könne.

Französische Stimmen zum Friedensplan

Paris, 2. April. Die Pariser Morgenblätter geben bei Besprechung des deutschen Friedensplanes zwar vereinigt zu, daß der eine oder andere dieser Vorschläge interessieren könnte, lehnen aber den Plan in seiner Gesamtheit ab. Das „Journal“ ab, weil er nicht der französischen Auffassung vom Frieden entspreche. Der erste Teil der deutschen Note wird heftig kritisiert und die darin angeführten Beweisgründe zurückgewiesen. Man ist außerdem sehr enttäuscht darüber, daß die Reichsregierung die Forderungen der Locarno-Mächte ablehnt. Einige linksgerichtete Blätter fordern die Regierung auf, Gegenentwürfe zu unterbreiten und die Brücken nicht abzubauen. Der „Jour“ schreibt, man müsse zugeben, daß der deutsche Plan sehr geschickt abgefaßt sei und sicherlich in der englischen Öffentlichkeit eine günstige Aufnahme finden werde. Gewisse Vorschläge könnten sogar eine Verhandlungsgrundlage abgeben. Das „Journal“ begründet seinen ablehnenden Standpunkt mit der Behauptung, Hitler schlage weiter nichts vor, als den Versailler Vertrag in den Papierkorb zu werfen. Das „Petit Journal“ erklärt, die deutschen Vorschläge seien vielleicht für Deutschland und auch für gewisse Engländer vollkommen, für Frankreich seien sie jedoch ungenügend. Das „Deuxième“ ist eines der wenigen Blätter, die sich der glatten Ablehnung der deutschen Vorschläge und dem Abbruch der bisherigen diplomatischen Besprechungen widersetzen. Es sei sicher, daß das deutsche Schriftstück nicht in allen Stücken den französischen Wünschen entspreche. Die Hauptfrage, die Hitler vorschläge, bestehe jedoch in der Einberufung einer Konferenz für die Rüstungsbesprechungen. Der sozialistische „Populaire“ kündigt eine endgültige Stellungnahme ebenfalls erst für morgen an. Soweit sich jedoch schon jetzt feststellen lasse, könnten die deutschen Vorschläge weder in ihrer Gesamtheit au-

